

Der Tabak-Feuerzeiger

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Beitragsfahrt.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 8 gezeichneten Zeilen. Der Betrag ist voran zu entrichten.

Nr. 51

Sonnabend, den 23. Dezember

1917

Zur Aufstellung der Mitgliederlisten.

Wir richten noch einmal an unsere Gewollmächtigten die dringende Bitte, gleich am Schluß dieses Jahres die Mitgliederliste ihrer Zahlstelle anzufertigen und dem Verbandsvorstande mit der Abrechnung für das 4. Quartal d. J. einzusenden.

Zu beachten ist hierbei im besonderen, daß Mitglieder, die dem Verband erst nach dem 31. Dez. d. J. und bis zur Aufstellung der Abrechnung für das 4. Quartal d. J. beitreten, in der Mitgliederliste für dieses Jahr nicht mit aufgeführt werden dürfen. Mitglieder dagegen, die in dieser angegebenen Zeit zu reisen und vor dem 31. Dez. aus einer Zahlstelle abreisten und dort abgemeldet waren, sind in der Mitgliederliste der neuen Zahlstelle mit aufzuführen; ist eine Abmeldung nicht erfolgt, so ist das Mitglied in der alten Zahlstelle in der Mitgliederliste mit aufzuführen.

Mitglieder, die zum Militär und Leeresdienst einberufen sind oder sich eventl. in Untersuchungs- resp. Gefängnishaft oder sich in Krankenhäusern befinden, sind mit dem nötigen Vermerk in der Mitgliederliste mit anzuführen. Ebenso sind Mitglieder, die sich vom 31. Dez. d. J. an oder schon früher auf der Wanderschaft befinden, in der Zahlstelle in der Mitgliederliste mit anzuführen, wo sie sich am 31. Dez. d. J. oder 1. Januar nächsten Jahres melden. Diese Eintragungen sind mit dem Vermerk „zurzeit auf Wanderschaft“ zu versehen.

Wandernde Mitglieder haben die Pflicht, sich am 31. Dez. d. J. oder am 1. Januar nächsten Jahres in der Zahlstelle, in der sie sich befinden oder in der Zahlstelle, in deren Nähe sie sich befinden, zwecks Eintragung in die Mitgliederliste zu melden.

Im übrigen bitten wir um Beachtung unserer Bekanntmachung in Nr. 45 unseres Organs.

Bremen. Der Verbandsvorstand.

Soziale Umwälzungen.

II.

Die sozialen Umwälzungen, die der Krieg vollzieht betreffen nicht nur den Mittelstand, das Kleingewerbe, die kleinen selbständigen Existenz, sondern auch die Arbeiter. Zuliefert der Kapitalismus eine riesige Gewinnverstärkung erfuhr während des Krieges, verstärkt er nun die soziale Position der besitzenden Klassen. Die Kluft zwischen arm und reich erweitert sich, mit ihr der soziale Abstand der Klassen voneinander. Was dazwischen liegt — der Mittelstand — schrumpft selbst im Kriege mehr zusammen, wie wir in voriger Nummer zeigten, ist machtlos und wird zwischen den beiden Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden in sozialer wie politischer Beziehung zerstört.

Unter solchen Umständen ist nicht schwer, zu erkennen, welche sozialen Verschiebungen eintreten müssen. Schärfster als je tritt es hervor: Über die herrschende, hütten die beherrschte Klasse; drüben alle Lemter, Würden und Herrnor... den sozialen Stellungen — hüben die Habenichtse, denen kein Anspruch auf die in der bürgerlichen Gesellschaft geachteten sozialen Positionen zugestanden wird.

Wenn sich erst nach dem Kriege herausstellen wird, wie ungeheuer die wirtschaftliche Macht der Besitzenden durch die Teuerung resp. die Kriegsgewinne gestiegen ist, wie im Verhältnis dazu die wirtschaftliche Lage der Arbeiter weit zurückbleibt, dann erst wird sich der große Umsturz begreifen lassen, den der Krieg mit sich brachte.

Da faseln Kapitalistenblätter davon, daß die Löhne der Arbeiter achtungswert liegen seien. Nur verschweigen sie schämig, wie die Preise aller Waren so unerhöht hoch hinaufgeschraubt wurden, daß sie eben den Kapitalistischen Kriegsgewinne einbrachten, während die Arbeiter trotz erhöhter Löhne nicht kaufen können, was zu des Lebens Roidurst und Nahrung gehört. Ihr Lebensanteil ist in jeder Beziehung geschmäleriert worden und wird es bleiben. Denn daran ist nicht zu denken, daß nach dem Kriege die Preise für Lebensmittel allein etwa wesentlich gesenkt

würden. So wenig der Staat die Hinausschraubung hinderte, so wenig wird er sich um die Senkung der Preise bemühen. Dann dauern eben die größeren Gewinne für die Besitzenden fort; dann fehlt den Arbeitern hinter den Preisen zurückbleibende Lohn, um ihr Leben wie sonst fristen zu können; dann werden sie ärmer und die Reichen immer reicher; dann schwindet jede Hoffnung auf ihre soziale Verbesserung im bürgerlichen Staate immer mehr. Dann müssen sie samt und sonders erkennen, daß nur in ihrer Zahl und ihrem Zusammenschluß ihre Macht liegt, durch die sie die Dinge von Grund aus ändern können.

Mit dem Hinweis auf einen Teil der Rüstungsarbeiter suchen es gewissenlose Blätter so hinzustellen, als ob die Arbeit in allgemeinen, ähnlich wie das Unternehmertum, Gewinne in der Kriegszeit macht. Die erinnernheit schlagen die Ausweise der Berufsgenossenschaften ins Gesicht. In den Berichten von acht Berufsgenossenschaften der Stahl- und Eisenindustrie sind die Löhne der darin versicherten Personen (ca. 1.8 Millionen) von 1913 bis 1916 nur um 23 Prozent im Tagesdurchschnittsverdienst gestiegen. Das schließt natürlich nicht aus, daß ein Teil der Arbeiter sicher höhere Steigerungen ihres Einkommens erlangt haben, dafür aber bleiben die anderen hinter dem Durchschnitt zurück. Und bekanntlich weiß man zur Erklärung der Differenzkeit stets auf die Rüstungsarbeiter hin, wenn man von Kriegsgewinnen der Arbeiter spricht.

Nach dem Kriege wird es anders lauten. Wenn die Teuerung nicht zurückgeht, werden die Arbeiter in genauer Aufzeichnung ihrer Einbuße, das heißt, daß ihre Löhne nicht mit dem Erhöhung der Lebensmittelpreise Schritt gehalten haben, die Nachholung dessen verlangen, was man ihnen in der Zeit der Verkürzung verweigert hat. Das wird ein Setzen in der Kapitalistenswelt geben, wenn darin die Kriegsgewinne um einen Teil verringert werden sollen! Wie wollen das nicht ausmalen, aber kommen werden die Forderungen der Arbeiter.

Aber selbst angenommen, die Forderungen der Arbeiter würden bewilligt, dann würde doch ihre soziale Lage im allgemeinen nicht gehoben. So bedeutend würde ihre wirtschaftliche Lage nicht gehoben, daß sie soziale Lage im bürgerlichen Staate dadurch verbessert sähen. Die Klassenscheidung, wie wir sie oben schilderten, bleibt trotz allem. Daraus ergibt sich, daß sogar die kleine Zahl Arbeiter, die ausnahmsweise ansehnliche Lohnerhöhungen erhalten haben, damit noch lange nicht die Grundlage zum sozialen Aufstieg in der bürgerlichen Gesellschaft erreicht haben. Hier gilt nur der wirklich Besitzende. Sene aber bleiben trotz höheren Löhnen Mitglieder der Arbeiterklasse. Denn die Aussicht auf den Übergang zum Mittelstand wird immer geringer, wie wir gesagt haben.

Dass die höher entlohnten Arbeiter aber innerhalb der Arbeiterklasse eine sich ablösende, der Solidarität entbehrende Gruppe bilden könnten, beforgen wir nicht. Die Zeiten sind vorbei, wo gutgelohnte Arbeiter sich als die Elite der Arbeiter fühlten und einen armeligen Kastenklotz anderen Arbeitern gegenüber her vorkehrten. Das hat die Arbeiterbewegung überwunden helfen. Und jetzt heiße der Krieg zur Überwindung dieser rückwärtigen Auffassung beigetragen. Er machte die Freiheitlichkeit in einer Weise mobil, daß er sie sogar massenweise in die gelerntesten Berufe setzte, abgesehen von der allgemeinen starken Vermehrung der Arbeiterzahl in allen Berufen durch Frauen. Das gibt dem dünnhäufigsten Berufsklotz den Todesstoß.

Und was diese Verhältnisse etwa nicht fertig brächten am Aufklärung, nun, das werden die Organisationen der Arbeiter sicher nachholen. Wenn erst die Einrichtung beginnt, die von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft führt, werden die Arbeiterorganisationen der gesamten Arbeiterchaft ein Bild aufstellen über die kolossale Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges und ihnen die Richtung vorzeichnen für ihr Vorgehen, wenn sie nicht die größten Nachteile von diesem Umsturz haben wollen. Dann vertrauen wir der Einsicht und der Solidarität der Arbeiter und erwarten vor allem von dem Eintritt großer Massen von Arbeitern in die Arbeiterbewegung einen Aufschwung der letzteren, wie er vielleicht noch nicht da war.

Hier ist unser heißer Wunsch der Vater des Gedankens; denn nur durch einen großen Aufschwung der Arbeiterbewegung erhoffen wir die Befreiung der Arbeiterklasse aus der untergeordneten sozialen Lage, in der der Kapitalismus sie gefangen hält.

Die Fortschrittliche Volkspartei und die Sozialen — haben schwere Versteckungen.

Die Konservativen brausen auf vor Zorn, daß sie durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aus ihrer angemachten Herrschafstellung gemordet werden sollen. Wahl erklärt sie sich zur „Mitarbeit“ an der Vorlage bereit, aber mit dem ausgesprochenen Willen, sie zu Fall zu bringen. Ihre langen, heftigen Reden gegen die Vorlage bezeugten, daß sie kein Verständnis für das Herausrücken einer neuen Zeit haben, die der Krieg beschleunigte. Reaktionäre sozusagen vor der Geburt, fühlen sie sich als die bevorzugten Herrscher und Nutznicker des Staates. An diesem Privilegium darf nicht gerüttelt werden. Wer es tut, ist nicht ihr Freund, und wenn es — der Monarch ist, der bekanntlich durch sein feierliches Verkünnen die Anwendung zur Einbringung der Vorlage gab.

Gelassen können wir zusehen, wie die Konservativen die Vorlage zerstampfen werden in der Kommission, an die sie zur Spezialberatung gewiesen ist. Dort wird sich zeigen, ob die Regierung feststeht und am allgemeinen gleichen Wahlrecht festhält, wie es in der Vorlage geboten wird und dessen Mängel mir schon dargelegt haben. Der Minister des Innern führt für die Vorlage im Landtag eine entschiedene Sprache. Aber die Konservativen führen ihre Macht. Wenn jedoch die Arbeiterklasse will, ist es mit dieser Macht Match hat am legten, selbst wenn die Vorlage zu Hause käme.

Nicht so einfach ist die Stellung des Zentrums und der Nationalliberalen. Beide Parteien sollen und wollen angeblich das Ministerium Herling stützen, das freilich für die Wahlrechtvorlage sich eingesetzt hat.

Das Zentrum hat in seinen Reihen die verschiedenartigsten Elemente. Reaktionäre, Cleriker und Junker, rückständige Bauern und Mittelständler, sog. Demokraten und christliche Gewerkschafter — alles das tummelt sich in seinen Reihen, alles aber wird durch eine stramme Disziplin zusammengehalten. Wenn widerstrebt man den Reaktionären im Zentrum das gleiche Wahlrecht, sie fühlen sich darin eins mit den konservativen. Wenn sie sich in den Reihen der Reaktionären im Zentrum — aber im Zentrum hat man ebenfalls zu gut die Macht einer großen parlamentarischen Partei kennen gelernt, aus der nun sogar der deutsche Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Graf Herling, hervorgegangen ist. Die Partei wird daher alles daran setzen, um diese Position zu halten und wird nur im Einvernehmen mit Graf Herling ihre Stellung zur Vorlage einrichten.

Vom gleichen Wahlrecht hat das Zentrum in Preußen noch nicht viel zu fürchten. Unter dem gleichen Wahlrecht würde der Landtag eine ähnliche Zusammensetzung erhalten wie der Reichstag. Der Gewinn sieht also vor allem den Sozialdemokratis zu; die Hauptverbüche trübe verdientermaßen die Konservativen. Unter solchen Umständen könnte also das Zentrum, wenn nicht die erste, doch die zweite führende Partei bleiben, für die bürgerlichen Parteien sicher die erste. Eine solche Machstellung der Partei ist der jetzigen vorzuziehen. Das wird man sich im Zentrum zweifellos sagen. Daher werden es sich selbst die reaktionären Elemente des Zentrums überlegen, ob sie sich diese Position durch eine brutale Gegenkraft gegen das gleiche Wahlrecht verschaffen sollen.

Es wird daher außerst interessant sein, die Stellung des Zentrums in den Kommissionsberatungen beobachten zu können.

Die Nationalliberalen zählen in ihrer Fraktion zahlreiche Vertreter der Schwerkapitalisten und des großen Unternehmertums. Alles bekanntlich keine Freunde der Arbeiter, noch viel weniger Freunde der Arbeiterehre und Arbeit. Auch sie bestreiten eine Einbuße an ihrer parlamentarischen Vertretung vom allgemeinen gleichen Wahlrecht. Vor ihnen wird der Vorschlag eines Plurawahlrechts unterstützt oder selbst gemacht werden in der Kommission. Gerade sie, die den Konservativen noch näher oder mindestens ebenso nahestehen, wie das Zentrum, fürchten besonders das, was wir oben sagten, nämlich, daß das Zentrum zur führenden Partei unter den bürgerlichen Parteien im Landtag werden könnte. Sie fürchten das, vom Standpunkt ihres eigenen Machthunbers ausgehend. Sonst, was die reaktionäre Politik des Zentrums anlangt, wären sie völlig verblüfft. Aber keine der bürgerlichen Parteien will etwas von ihrer parlamentarischen Stärke aufgeben, darum handeln und feilschen sie um ein ihnen entsprechendes Wahlrecht. Die Nationalliberalen werden also am leichtesten zu Kompromissen mit den Konservativen geneigt sein, wie sich aus den Reden ihrer Fraktionen ergibt.

Die preußische Wahlreform.

Die Wahlrechtsvorlage hat im Preußischen Landtag die erste Lesung passiert. Das Resultat der Beratung ist folgendes im Landtage ergab. Ob sie die Vorlage dor

ein günstiges. Die bürgerlichen Parteien — ausgenommen durch zu Hause bringen werden, steht noch dahin. Gestellt

herigen Untersuchungsräten im Rahmen des Krieges zu bewegen haben werden. Aber auch der Kampfcharakter kommt bei dieser Tendenz sehr wohl in Betracht. Sehen wir von der eigentlichen Kampfunterstützung und den anderen, weniger wichtigen Unterstützungen ab, so bleibt noch die Streit- und Gewerbegelten-Unterstützung. Wollen wir unsere Mitglieder zur Verbesserung ihrer Lage einen zum letzten Mittel, zum Streit, greifen lassen, so werden wir ihnen auch nicht mehr die vor dem Kriege schon genügt nicht hohen Unterstützungsätze bieten können. Allerdings, ein völliger Vergleich mit den Teuerungsbeträgen wird nicht möglich sein, da das Beiträge erfordern würde, die Mitglieder kaum zu zahlen genügt sein würden; aber eine mäßige Erhöhung der Kampfunterstützung ist nicht nur dringend geboten, sie liegt auch mit verhältnismäßig geringen Opfern im Bereich der Möglichkeit.

Auch noch von einer andern Seite muss die Frage betrachtet werden, wenn man vom Kampfcharakter unseres Verbundes spricht. Wir wissen heute noch nicht, was in bezug auf die Verhältnisse im Tabakgewerbe kommen wird. Natürlich wünschen wir auf dem Wege einer verhältnismäßigen Verbesserung zu angemessenen Löhnen der Tabakarbeiter zu kommen und es wäre zweckmäßig, wenn sich das, was sich während des Krieges hinsichtlich der Entlohnung der Tabakarbeiter schüttelt bei den Organisationsen der Fabrikanten angelehnt hat, nachher organisch weiter entwickeln würde, aber eine Sicherheit nach dieser Richtung besteht vorerst nicht. Und da nach dem Kriege noch mancherlei Stoff zu Differenzen entstehen kann, so wird man nicht umhin können, sich vor jeglicher Eventualität zu sichern. Da haben wir zu zeigen, daß wir als Kampforgанизation solchen Eventualitäten, obwohl wir sie nicht wünschen, voraus gewachsen sind. Jedes Mitglied wird zugeben, daß dabei die Unterstützungsfrage, speziell die Höhe der Unterstützung, eine Rolle spielt und wir nicht mehr mit den Verhältnissen aus der Vorriegszeit rechnen können.

Dazu gehört, daß wir unseren Kampfonds entsprechend der Bedeutung der Unterstützungsänderungen im Sinne der Heidelberger Beschlüsse die nötigen Mittel zuschaffen. Es wird und muß sich dieses dem Gedanken der Mitglieder leicht einprägen. Sind auf der einen Seite größere Auswendungen zu machen, so muß es sicherlich auf der andern Seite der dafür angelegte Grunds- und Hauptfonds sich vergrößern; das Verhältnis muß hier mit Rücksicht auf den richtigen Verbandsweck immer ein gesundes bleiben. Kraft ist hier, so krankt der ganze Verband.

Der Verbesserung der Verbandsleistungen nach oben und der Erhöhung der Ausgaben an die Mitglieder muß, wie begreiflich, eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen parallel gehen. Wie auf den Verbandsabrechnungen ersichtlich, kann aus den Fertigfabrikantenfirmen eine höhere Leistung an die Mitglieder nicht gewährt werden, erst recht nicht, wenn der wirtschaftliche Kampf der Tabakarbeiter nicht geschwächt werden soll. Das letztere wird auch niemand wollen. Nebenbei bemerkt, sind auch ohne Erhöhung der Leistung die Kaufmänner durch die Teuerung schon gestiegen. Aber das wäre nicht die Hauptache. Den verdienten Verhältnissen muss anpassen, wird nicht zu umgehen sein, so dass wir auch dabei an die Beiträge denken müssen. Immerhin hat sich das Ganze im Rahmen des Möglichen zu halten und eine gewisse Mäßigung darf nicht fehlen. Tatsächlich muß aber auch die Tätigkeit des Verbandes bei der Erhöhung des Einkommens der Tabakarbeiter berücksichtigt werden. Wenn von dem erhöhten Einkommen ein geringerer Bruchteil für den Verband gefordert wird, so haben die Mitglieder den Vorteil davon. Es ist ja wahr, daß allzu teuer geworden ist, daß es für mehr Geld weniger und schlechtere Waren gibt, bei einer Niederrun in im Verband, wir wie sie eben beschrieben, ist es jedoch wesentlich anders; es gibt ein paar Pfennige mehr Beitrag nicht nur erweiterte Unterstützungen, sondern auch die Einkommen der Tabakarbeiter erfahren durch die Erfahrung des Verbandes eine weitere Erhöhung. Das letztere tritt zwar erst indirekt in die Erhebung, aber niemand kann die Richtigkeit dieser Behauptung bestreiten.

So bitten wir denn unsere Mitglieder, sich das Gesagte einmal durch den Kopf gehen zu lassen unter der Voraussetzung, daß neue Seiten neue Notwendigkeiten auch für unsere Tabakarbeiterforschung ergeben!

Konferenz der Tabakarbeiter des östlichen Westfalens und Lippe.

Am Montag, dem 10. Dezember, fand in Herford eine gemeinschaftliche Konferenz unseres und des östlichen Tabakarbeiterverbundes statt. Etwa 80 Delegierte waren erschienen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: "Die Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage von 30 auf 60 Prozent" sprachen die Bezirksleiter Münker, Schlüter und Wehmeier. An den Ausführungen knüpfte sich eine längere Diskussion. Von allen Rednern wurde betont, daß 60 Prozent Zulage kein genügender Ausgleich gegenüber der Teuerung bildet. Die Zeit unter den Tabakarbeitern sei groß. Nicht die Knappheit an Lebensmittel sei für die Tabakarbeiter eine Gefahr, sondern die hohen Preise. Die Tabakarbeiter könnten nicht einmal die geringen Rationen kaufen. In Herford gäbe es Arbeiter, die ihre kleine Ration Butter nicht regelmäßig abholen konnten. Unter allen Umständen müsse an den 60 Prozent festgehalten werden.

Sehr dringend verlangten alle Redner aber eine einzige Lohnzulage. Nicht monatlich, sondern jede Woche müsse der Lohn ausgezahlt werden. Es gäbe Firmen, die heute noch nicht den Lohn für den Monat November ausgezahlt hätten. Die Bauten gäben sie aber nur gegen Kasse ab. Ebenso wurde es verurteilt, daß in einzelnen Fabriken noch bis in die Nacht hinein gearbeitet würde, während in anderen schon nachmittags geschlossen würde.

Es liegt die Zeit, zeitweilig, daß nicht länger als bis 7 Uhr abends gearbeitet werden dürfe. Wegen vorgerückter Zeit mußte schließlich die Aussprache abbrechen. Zugängige Resolution stand einstimmig Annahme.

Die heutige, von etwa 80 Vertretern und Vertreterinnen besuchte gemeinsame Konferenz der organisierten Tabakarbeiter Minden-Marienberg und Lippe begrüßt den Beschluss der Frankfurter Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände, an die Arbeitgeberverbände der Tabakindustrie eine Eingabe zu richten, dagegen, die bisher gewährten Zulagen von 30 auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen. Angesichts der auch heute noch anhaltenden Steigerung der Teuerung vieler zum Lebensunterhalt notwendiger Bedarfssachen erachtet die Konferenz die Höhe der gewünschten Zulagen für das Mindestmaß dessen, was als notwendig und berechtigt bezeichnet werden muß.

Da weiter die Löhne der Tabakarbeiterforschung im Vergleich zu denen anderer Gewerbe ganz bedeutend ungünstiger sind, ist die Konferenz einmütig der Auffassung, daß die während des Krieges gewährten Zulagen spätestens nach Beendigung dieselben in feste Lohnzulagen umgewandelt werden müssen.

Zerner beantragt die Konferenz, die Bezirksleitungen der beiden Verbände, den zuständigen Fabrikanteneinheiten folgende Wünsche zu unterbreiten:

1. die Lohnzahlung in der Tabakindustrie Westfalens und Lippe möge jede Woche erfolgen.
2. der Arbeitsschluß ist für jede Zigarettenfabrik auf spätestens 7 Uhr abends festzulegen.

An die Tabakarbeiterforschung Minden-Marienberg und Lippe richtet die Konferenz ernst das dringende Erstlicht, sich den gewerkschaftlichen Organisationen ihres Berufs anzuschließen, damit so ihre Berufsinteressen eine ausreichende Förderung erfahren können".

Zum zweiten Punkt, "Schutz der berufständigen Tabakarbeiter und die Kriegswohlfahrtspflege", machte Gauleiter Schlüter noch einige informative Ausführungen. Mit dem Appell an die Delegierten, alle Kraft für eine Erklärung der Organisation der Tabakarbeiter einzusegen, damit auch die Tabakarbeiter ihre Erfolge wirkungsvoll schützen können, wurde die Konferenz gegen 7 Uhr abends geschlossen.

Genehmigte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

Hamburg. Die Firmen C. Alm., C. Beggerow, G. Brockmann u. C. J. Bückel, C. A. Campe, H. Heidrich, Otto Henrich, Max Krause, H. Lindhorst, Max Pegel, C. Philips, Alois Schneider, Gebr. Schatzel, Wilh. Stoffmehl W. v. Welzen, B. Wiedemann u. W. erhöhten die Lohnzulagen auf 60 Prozent.

Bergedorf u. Umg. Die Firma Otto Hartnack erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent. Ebenso erhöhte die Firma W. Niemann (Saude i. Holst) die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Altona. Die Firmen C. Aholin, Heinr. Bektens, C. Bremer, C. Deitsch, F. A. Dold, H. Goldstein, B. Heuschen, Wilh. Kappe, Aug. Reitzig, Ernst Richter, O. Spiegelmüller, Wilh. Tölke erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent und die Firma O. Hennings meyer u. Söhne die Teuerungszulage auf 60 Prozent.

Alt-Holendorf b. Kiel. Die Firma Wilh. Schneebloth erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Güstrow. Die Firma Hans Behrs erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Nahoe u. Umg. Die Firma J. Eliel & Schilldt erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Kellinghusen. Die Firmen Hans Köhne und Charles Piper erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent. M. Boden b. Oldesloe. Die Firma Friedr. Möller erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Neumünster. Die Firma H. Möller erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Schiffbek u. Umg. Die Firmen A. d. Kroghmann und A. Luck in Schiffbek und die Firma F. Wulf in Billwerder erhöhten die Lohnzulage um insgesamt 60 bis 100 Prozent.

Wandsbek. Die Firmen Aug. Dönecke und Carl Peters erhöhten die Lohnzulagen auf 60 Prozent.

Oldenburg. Die Firmen Wilh. Hölder und Wulffs u. Meyer erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Hannover u. Umg. Die Firmen C. Söderholt, Wilh. Kiehne, Aug. Müller erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent, desgleichen erhöhten die Firmen A. d. Krebs u. Co. und Georg Sörmann in Linden die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Twistringen (Ham.). Die Firma Aug. Stubbe erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Heimstedt. Die Firmen Adolf Beddig, Heinr. Hennecke, Aug. Schilling und Aug. Billeke erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Wolfsbüttel. Die Firma Wilh. Hölder erhöhte nunmehr die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Friedland (Mecklbg.). Die Firma E. Schostek erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Grabow (Mecklbg.). Die Firma Heinr. Ahrens erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Grevesmühlen (Mecklbg.). Die Firmen Aug. Schubert und C. Wulf erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Kloster. Die Firmen C. Bruns, C. Hannewall, H. Küster, Paul Mayer, J. Sonnadt und H. Tönnies erhöhten die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Wremen u. Weng. Nutzt den bereits gemeldeten 32 Firmen haben weitere 2 Firmen die Forderungen der Arbeiter anerkannt. Es sind dies die Firmen C. G. Göritz, Ernst Görtschakow, welche die Lohnzulagen auf 60 Prozent erhöhten. Insgesamt betragen die Lohn erhöhungen in 15 Betrieben 60 Prozent, in 5 Betrieben bis 75 Prozent und in 14 Betrieben bis 100 Prozent und darüber hinaus.

Burgsteinfurt. Die Tabakarbeiter-Genossenschaft in Burgsteinfurt erhöhte die Löhne in der Zigarettenbranche und Rauchtabakbranche um insgesamt 50 Prozent und zahlt außerdem vom 1. Juli d. J. an noch eine 30prozentige Teuerungszulage. Die Zigarettenarbeiter erhielten vom 1. Juli d. J. an bis heute außerdem noch eine zweimalige Teuerungszulage von je 170 M. insgesamt 350 M. ausgeschüttet.

Großenhain. Die Firma Friedr. Geyer u. Co. erhöhte die Lohnzulage auf 60 Prozent.

Dresden (Königreich Sachsen). Die Firma Klein, Ratz erhöhte die Lohnzulage auf 70 Prozent.

Stolzen u. Weng. Die Zigaretten-Genossenschaftsfabrik Gießen u. Umg. C. m. b. H. erhöhte die Lohnzulage — abgesehen von anderen Vergünstigungen — auf 60 Prozent.

Mainz u. Umg. Die Firma F. Genewein erhöhte die bereits bewilligten Lohn- und Teuerungszulagen auf insgesamt 60 Prozent.

Zu unserer Lohnbewegung.

Wie wir in voriger Nummer unseres Blattes mitteilen konnten, sind die Herren Fabrikanten am 12. bzw. 13. d. M. mit ihren Organisationsleitungen in Berlin zusammengetreten, um zu den Wünschen der Tabakarbeiter Stellung zu nehmen. Über das Resultat der Beratungen zu berichten sind wir leider noch nicht in der Lage, da den Verbandsleitungen noch keine Nachricht zugegangen ist; auch fordern wir noch keinerlei Mitteilung über das Ergebnis in der Presse. In der angenommen Hoffnung, in der wir uns befinden, daß den Wünschen der Tabakarbeiter in den Berliner Verschüssen voll Rechnung getragen worden ist, hätten wir den Tabakarbeitern gerade zu Weihnachten gerad eine frohe Botschaft mitgeteilt. Das ist ja nun nicht mehr möglich. Immerhin können wir mit einer Nachricht aufwarten, die jeder gern entgegen nimmt, besonders werden die Hamburger Tabakarbeiter nicht darüber freia. Es handelt sich um eine weitere Bemigung. Die Ortsgruppe Hamburg des Verbandes deutscher Zigarettenfabrikanten (Korte-Gruppe) hat durch ihren dortigen Vorsitzenden Herrn Otto Henningsen, unserem Gauleiter Eickelberg folgendes unter 11. Dezember mitgeteilt:

Wir teilen Ihnen hierdurch ergeben, daß die hiesige Gruppe des obengenannten Verbandes (Verband Deutscher Zigarettenfabrikanten! Red.) in der gestrigen Sitzung beschlossen hat, allen ihren Arbeitern die während des Krieges erwähnten Zulagen auf mindestens 60 Prozent zu erhöhen und diese neuen Sätze vom 1. d. M. ab zu zahlen.

Zugleich ihres zweiten vorgebrachten Wunsches, daß die bewilligten Teuerungszulagen nach dem Kriege allgemein in feste Lohnzulagen umgewandelt werden, sah sich die Versammlung nicht in der Lage, eine diesbezügliche feste Zulage machen zu können, da es heute unmöglich erscheint über Verhältnisse nach dem Kriege schon zu urteilen und muß dies einer späteren Regelung vorbehalten bleiben.

Die Ortsgruppe Hamburg-Altona des genannten Verbandes umfaßt 61 mittlere und kleine Fabrikanten.

Mitzuheilen wäre noch, daß der Verband der Deutschen Zigarettenindustrie am 8. Dez. in Berlin seine Hauptversammlung hatte, daß dort aber nach dem Bericht in der "Tabakwelt" über die Wünsche der Tabakarbeiter, zu denen bekanntlich auch die Zigarettenarbeiter gehören, nicht verhandelt worden ist.

Kommt sie? — Kommt sie nicht?

Nachstehenden Artikel entnehmen wir unserem österreichischen Bruderorgan:

Eine Frage schwelt auf aller Lippes, und wenn die angeblichen Herren der Schöpfung zusammenkommen und die Magenfrage genügend erörtert haben, wird mit peinlicher Gewissenhaftigkeit die Frage gestellt, ob die Tabakarbeiter eingeführt wird oder nicht. Auf den ersten Blick scheint es angebracht der großen Not kleinlich zu sein und ist es doch nicht. Wir sind arm, um so fürchterlich arm geworden, daß der erste so gering beachtete Gewiss der Kaufmanns schon Wonne vortäuschen kann. Man muss sich nur das Bild anschauen, wie es jetzt in Wien abspielt und wie man es in jedem Lande Österreichs sehen kann. An jeder Ecke Tabakträfle hängt sichtbar eine Tafel: "Rauchwaren ausverkauft, Wirtstellen zwecklos, da Fassungsstieg unbestimmt." Doch die Kaufleute wissen es recht gut, daß das Plakat mit einer Täuschung ist, denn die Fassungsstiege sind genau festgesetzt, und so stellen sich lange Steireien an, während die Träfle noch ihre Tür geschlossen hält. Vermischte gekleidete Frauen, denen die Not aus eingefallener Wangen und trübe blickende Augen tricht, harren geduldig viele Stunden, um einige Zigaretten zu erlangen. Sie kommen wohl auch Männer mit einem großen Hut dazu, die sind aber in der Seltenheit Soldaten, Arbeiter und Beamte harren ebenso geduldig und blicken nur mit einem gewissen Neide auf den Vorübergehenden, der so glücklich ist, zu kaufen, ohne daß er sich erst ihren Recken anstrengt. Die meisten dieser Frauen stehen nicht wie sich, sondern für ihre Männer, die in den Wirtschaften arbeiten oder als Soldaten im Felde oder im Unterland Dienst machen; sie leben also auch für den Schlechthändler, den Greißler, den Milchmann und für vertriebene andere Geschäftleute, die irgend etwas, was man zum Leben braucht, zu verteilen haben. Heute ist doch jeder Greißler eine Art Lebensmittelverteilungsbeamter und an Bestech-

